

Bestimmungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktionen: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

4. August 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Justizmord in Boston.

Der Gouverneur weigert sich, Sacco und Banzetti zu begnadigen. Hinrichtung nächsten Donnerstag.

Boston, 4. August. (Eigenbericht.)

Der Gouverneur von Massachusetts, Fuller, hat nach langer Beratung mit seiner Umgebung sich endgültig geweigert, auf ein Revisionsverfahren des Prozesses Sacco-Banzetti einzugehen. Infolgedessen werden die beiden Verurteilten am 10. August hingerichtet werden.

Die Entscheidung des Gouverneurs Fuller, die kurz vor Mitternacht durch den Sekretär des Gouverneurs bekanntgegeben wurde, schließt mit den Worten: „Meine Prüfung des Falles Sacco-Banzetti bietet mir keine genügende Rechtfertigung zu einer Intervention gegen den Strafvollzug. Ich glaube mit dem Gerichtshof, daß diese Männer Sacco und Banzetti schuldig sind und daß ihnen die volle Freiheit, sich zu verteidigen, gewährt worden ist. Ich glaube weiter, daß kein Rechtsgrund bestand, um ihnen ein neues Verfahren zu bewilligen.“

Der Sommerhitz des Gouverneurs in Rye Beach in New Hampshire wird durch Polizeiwachen geschützt.

Grausamkeit bis zum Schluß!

Paris, 4. August. (U.)

Die Schwester Banzettis traf gestern in Boulogne ein, um sich nach New York einzuschiffen. Ohne nähere Aufklärungen wurde dem jungem Mädchen jedoch die Ermächtigung zur Ueberfahrt verweigert. Sie hatte Ende Juli von Freunden ihres Bruders ein Radiotelegramm erhalten, wonach dieser sie durchaus vor dem 10. August noch einmal sehen wollte, da er an diesem Tage mit seiner Hinrichtung rechnen. Die Behörden haben dem Mädchen nachträglich verprochen, daß es am Sonnabend abreisen könnte. (Wiso erst nach der Hinrichtung eintrifft! R. d. B.)

Auf dem elektrischen Stuhl, der für Sacco und Banzetti bereitsteht, nehmen das Gerechtigkeitsgefühl der Welt und das menschliche Gewissen Platz. Der Starstrom, bestimmt, beider Glieder für immer zu lähmen, trifft Millionen Herzen und läßt ihren Schlag für Sekunden aussetzen. Würde der amerikanischen Justiz, die blindwütig ihre beiden Opfer umkrallt hält, würde doch dem Gouverneur Fuller, der gleich Shylok auf seinem Schein besteht, noch in letzter Minute Klar werden, daß hier unendlich viel mehr ausgelöscht wird als das Leben zweier Unschuldiger; daß ausgelöscht wird der Glaube an das Recht, der Glaube an die neue Welt als eine bessere Welt.

Unzählige haben protestiert. Aus allen Ländern, aus allen Kulturnationen sind die Rufe für Sacco und Banzetti erklingen. Die besten Köpfe der Dichter- und Gelehrtenwelt, vereint mit der Arbeiterschaft — möchten wir diese Verbindung noch recht oft erleben — haben ihre Stimme für Recht und Menschlichkeit erhoben. Aber auf Warnungen und Beschwörungen kennt der Gouverneur Fuller nur eine Ant-

wort. Sein rechtskräftiges Urteil in der Hand, erwidert er gleich Shakespeares Shylok mit aufreizender Monotonie: „Ich kann's nicht finden, s'ist nicht in dem Schein.“ Und da Gouverneur Fuller die Stimmen der Lebenden in den Wind schlägt, so möge er, der Angelsachse, sich wenigstens dessen erinnern, was der größte Dichter des Angelsächsentums und zugleich der Welt, was William Shakespeare dem auf seinen Blutschein Bestehenden durch den Mund der Porcia antwortet:

„Die Art der Gnade weiß von keinem Zwang... Sie segnet den, der gibt, und den, der nimmt. Am mächtigsten in Mäch'ten, zieret sie den Fürsten auf dem Thron mehr als die Krone... Sie ist ein Attribut der Gottheit selbst, und ird'sche Macht kommt göttlicher am nächsten wenn Gnade bei dem Recht steht.“

Aber wie im „Kaufmann von Venedig“ dieser Appell an Shyloks unerfülllicher Blutgier abprallt, so wird er, fürchten wir, an dem aufgeblasenen Massenfanatismus der Fullers von Boston abprallen. Sacco und Banzetti sollen hingerichtet werden, nicht, weil man wüßte, daß sie Mörder seien — niemand hat diesen Beweis geführt —, sondern einzig und allein, weil feststeht, daß sie anarcho-syndikalistische Ueberzeugung lebten. Der einzige „Beweis“ ihrer Schuld war der, daß sie nach ihrer Verhaftung über ihre politische Tätigkeit falsche Angaben machten, weil sie — unwissend, wessen man sie beschuldigte — irrtümlich glaubten, wegen ihrer politischen Tätigkeit verfolgt zu werden. Sie sind Anarchisten und haben falsche Angaben gemacht — braucht man mehr Beweise, um zwei Menschen als angelegliche Raubmörder auf den elektrischen Stuhl zu schnallen?! Wie der Patriarch in Lessings „Nathan“, ganz gleich, wie der Fall liegt, die Patentlösung bereit hat — „Der Jude wird gehängt!“, — so heißt es drüben: „Der Anarchist wird hingerichtet.“ Mögen die Belastungszeugen auch noch so verdächtige Spiegle sein, mag ein Komplize der wirklichen Täterbande die Tat inzwischen gestanden haben, mögen noch so viele Zeugen für die Unschuld der beiden Verurteilten aufgetreten sein, tut nichts — der Anarchist wird hingerichtet. Und um die Tragödie der Justiz auf den Gipfel zu treiben: Nachdem man die beiden über sechs Jahre unter der Folter des rechtskräftigen Todesurteils gelassen hat, geht man nun endlich im siebenten Jahr an seine Vollstreckung!

Empörung und Probest durchzittert die Kulturmenschen. Noch einmal muß in den wenigen Tagen bis zur Hinrichtung diese Stimme zur äußersten Stärke anschwellen. Die gesamte Menschheit muß handeln in dem Sinne des großen Rechtskämpfers Emile Zola, als er sein „Ich klage an!“ in die Welt rief: „Ich will nicht mitschuldig werden. Der Gedanke an den Unschuldigen, den man martirt, würde den Schlaf meiner Nächte zerstören.“

Scheidemann, Deimling, Schönald, Dr. Haas, Gerlach, Th. Wolff und anderen vielleicht der Beste und in des Wortes wahrster Bedeutung „le brave des braves“! Dr. Wirth ist aber — nach den vorerwähnten Auslassungen der Päpste und Bischöfe — ein ebenso schlechter Katholik, der als Vorkämpfer die Interessen der Kirche und — ich sage das als Katholik — leider auch die Interessen des Zentrums, solange sich dieses noch eine „katholische“ Partei nennt, aufs schwerste schädigt. Windthorst, Rallinckrodt, Frankenstein und all die anderen Bedeutenden unter den Begründern des Zentrums und streitbaren Kämpfern in der Kulturkampfzeit würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie hörten, daß einer der Hauptredner und Führer „ihres“ Zentrums in Folge seines Eintretens für den von ihnen so heiß bekämpften Sozialismus und in Folge seiner Mithilfe, dessen Machtstellung im Staate zu fördern, so gegen die Verordnungen der Kirche verstößt, daß er dieserhalb nach der Ansicht vieler Katholiken, Zentrumsteute und katholischer Priester als exkommuniziert erachtet werden muß.

Man lasse uns mit dem Hejgeschrei in Frieden, wenn wir die politische Wandlung des Herrn Dr. Marg feststellen. Es stünde den Freunden des Herrn Dr. Marg besser an, wenn sie der deutschnationalen systematischen persönlichen Heje gegen ihre eigenen Parteifreunde entgegengetreten würden.

Coolidge läßt sich bitten.

Daß Käselkraten um den Sinn seiner Erklärung.

New York, 4. August.

Präsident Coolidge erhielt gestern in seinem Ferienort Rapid-City mehrere hundert Telegramme von Republikanern aus allen Staaten der Union, worin er ersucht wird, doch ja bei den nächsten Wahlen seine Kandidatur aufzustellen. Der Beschluß des Präsidenten, nicht wieder zu kandidieren, ist zu politischen Tagesfragen geworden und hat vor allem die Genfer Konferenz ganz in den Hintergrund gedrängt. Die Art, wie der der Presse überreichte Verzicht formuliert war, schließt die Möglichkeit einer neuen Kandidatur nicht aus.

Glickwerk an der Schule.

Kritisches zum Reichsschulgesetz.

Von Wilhelm Paulsen.

Das Reichsschulgesetz in der Fassung des Regierungsentwurfs zerstört nicht nur den Aufbau des deutschen Schulwesens, sondern zerreißt auch das Gemeinschaftsbewußtsein des deutschen Volkes. Sind schon heute die sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze fast unüberbrückbar, so können die Ideellen und weltanschaulichen Kämpfe, die mit der Konfessionalisierung des Schulwesens entsacht werden, das soziale Aufbauwert geradezu gefährden. Die Verquickung der wirtschaftlichen Kämpfe mit dem Hader um Religion wird zu einer Verwirrung und Verfälschung der politischen Programme führen und als Folge davon zu einer notwendigen Schwächung aller auf- und vorwärtsdrängenden Kräfte.

Die Größe des Parteitages in Kiel lag in der Ruhe seiner Kraft, die in der Betonung des Klassenkampfes als eines wahrhaftigen Kulturkampfes ihren höchsten Ausdruck fand. Hilferding rief aus: „Wir wollen nicht dulden, daß dieser Kampf — der Kampf der Arbeiter um einen höheren Anteil an der Kultur — durch sozialreaktionäre Zwecke verfälscht wird, daß Arbeiter gegen Arbeiter wegen prioreter Anschauungen gegeneinander geheßt werden, die weder unsere sozialen noch unsere politischen Ziele berühren!“

Wenn es in Deutschland überhaupt eine Kulturfront gibt, so muß sie sich auf dieser Basis erheben. Wir fordern die „weltliche Schule“. Sie ist uns ein geistiges Programm, das in seiner Begründung viel tiefer greift, als es den Begnern im Schlagwort erscheint. Es deckt sich nicht mit dem liberalen Lösungswort „Los von der Kirche“ und Befreiung des Staates von ihrem politischen Einfluß. Es stellt eine wissenschaftlich und sozial ganz neu begründete Bildungs- und Erziehungsaufgabe dar: Schutz der Eigenentwicklung des Kindes in seiner geistigen und seelischen Gesamtkraft, und Belebung des Gemeinschaftsethos, der Erweckung sittlicher Grundkräfte im Menschen, die ihn fähig machen, bewußt und unbewußt an der vernünftigen Gestaltung menschlicher Ordnung, an dem großen sozialen Befreiungswert der Menschheit mitzuarbeiten. Alles, was wir gewohnt sind, mit dem Begriff der „Renaissance der Erziehung“ zu bezeichnen, verbinden wir mit unserer Forderung der weltlichen Schule. Wir werden auf diese Prinzipalforderung niemals verzichten.

So sicher aber diese Ueberzeugung in uns wirkt, so sicher auch wissen wir, daß die Entwicklung dieser neuen Schule zwar durch die Gesetzgebung begünstigt, nicht aber durch diese geschaffen werden kann. Wie der Sozialismus das Werk aller gestaltenden und arbeitenden Kräfte der menschlichen Gesellschaft sein wird und nicht durch diktatorische Maßnahmen irgendwelcher Art voreilig ins Leben gerufen werden kann, so muß die Schule das Formwerk des kulturellen und Bildungswillens der geistigen Masse sein.

Wenn das wahr ist, dann ist unsere politische Stellung im Kampf gegen das Reichsschulgesetz gegeben. Im Kampf um die Bewirklichung der Reichsverfassung handelt es sich nicht um unser großes Schul- und Bildungsprogramm, sondern um die Sicherung der gesetzlichen Vorbedingungen für seine Bewirklichung: die Aufrechterhaltung der Einheit und Leistungsfähigkeit der Schule und die Verteidigung ihrer geistigen Unabhängigkeit und Freiheit. In diesem Kampfe können wir mit der gesamten fortschrittlichen Welt, soweit es ihr um die Festlegung der elementaren Grundrechte der Schule ernst ist, zusammengehen. Ja, aus den höheren Ansprüchen unseres Programms heraus, tragen wir die Verantwortung dafür, daß dieser Kampf in geschlossener Wucht und, wo wir die zahlenmäßige und geistige Ueberlegenheit haben, unter unserer mitreihenden Führung durchgekämpft wird. Es wäre ein schwerer taktischer Fehler, wenn uns die Lösung „weltliche Schule“ in diesem Augenblick von den mittäufelnden liberalen Parteien abdrängte. Wir würden die Gesamtheit der Schule um ein Vinkengericht an die Orthodogon verkaufen.

Ohne die demokratische Verfassung der Schule, wie sie die Reichsverfassung will, ohne die Einheit ihrer Organisation, ohne die Freiheit ihrer Lehre — die man der Volksschule im Gegensatz zur höheren Schule und Akademie vorenthält — gibt es keine Entwicklung des Schulwesens, auch nicht ihrer grundlegenden Wissenschaften. Die Pädagogik wird wieder stumm und die Psychologie verliert mit dem freien Subjekt das lebendige Objekt ihrer Erkenntnis. Der deutschnational-kerikale Widerstand gegen die staatliche Einheitschule (Gemeinschaftsschule der Reichsverfassung) beruht auf dem sichern Instinkt, daß mit ihr der innere und soziale Fortschritt anhebt. Behauptung der alten Mächte bedeutet Feindschaft gegen jede moderne Bildungsmahnahme.

Was die liberalen Parteien von der Sozialdemokratischen Partei gegenwärtig trennt, ist der gegenseitige Zweifel in der Stellungnahme zum Religionsunterricht. Die Durchschnittsmeinung der bürgerlichen Dessenitätlichkeit verkennt das Wesen der weltlichen Schule. Sie nimmt an, daß diese der Bedeutung der Religion als Bildungsfaktor in der abendländischen Kultur nicht gerecht wird, daß sie ihre objektive Stellung im Geschichts- und Deutschunterricht historisch und wissenschaftlich nicht gebührend würdigt. Und doch führte bereits der sozialdemokratische Sprecher im Verfassungsausschuß zu Weimar (1. Lesung) aus, was der Parteitag in Kiel später bestätigte: „Meine Partei will keinen Kulturkampf. Sie anerkennt die

Kirchenbann gegen Dr. Wirth?

Die Deutschnationalen möchten einen kleinen Kulturkampf entfachen.

Die Zuschrift aus führenden Zentrumskreisen, die wir gestern morgen veröffentlicht haben, hat eine aufgeregte und etwas vermorrhene Antwort in der „Germania“ hervorgerufen. Man redet von „unsachlichem Kampf“, von „Hej-kampagne gegen Dr. Marg“ — aber man weiß sachlich nichts zu sagen. Trotzdem stürzt sich die gesamte Rechtspresse auf diese Auslassung der „Germania“. Wir begnügen uns damit, den Beifall der deutschnationalen Presse für die „Germania“ festzustellen und den begriffsstutzigen Leuten im Zentrum noch einmal auseinanderzusetzen, daß die sachliche und die Schwächen und Fehler des Dr. Marg schonungslos offenlegende Kritik mit Heje nichts zu tun hat. Herr Dr. Marg hat sich konsequent nach rechts hin entwickelt — und diese Tatsache schafft kein Geschrei über „Heje“ aus der Welt. Daß diese Tatsache Aufregung in den Reihen des Zentrums hervorruft, ist verständlich — das hat Herr Dr. Marg sich selbst zuzuschreiben.

Aber Heje? Nun, wie „Heje“ aussieht, sollte man doch im Zentrum wissen. Hat man schon vergessen, daß Erzberger, der als Opfer der Heje fiel, zum Zentrum gehörte? Wir empfehlen den Herren vom Zentrum, die von Heje reden, die Vektüre der deutschnationalen Presse von heute morgen. Da heißt es in einem Artikel gegen Wirth:

„Ist Wirth überhaupt noch praktizierender Katholik, geht er überhaupt noch in die Kirche? Gibt es denn einen Geistlichen, der ihn in Kenntnis seiner für die Förderung des Sozialismus und dessen Machtstellung wirkenden Reden und Taten noch zu den Sakramenten zuläßt?“

Diese knappen Ausführungen möchte ich mit der Auffassung vieler katholischer Pfarrer schließen, die sie mir gegenüber äußerten, und die ich auch zu der meinigen mache: Dr. Wirth ist nicht nur ein ganzer Mann, sondern auch ein ganz hervorragender Republikaner und unter deren pleigennannten Größen Höring, Seering,

Bedeutung und die Macht der Religion auch in der Gegenwart. Sie weiß, daß die Religion ein inneres Bedürfnis für zahllose Menschen ist. Die Sozialdemokratische Partei teilt mit allen Gebildeten die Auffassung, daß die religiösen Fragen letzte und feinste persönliche Regungen des Menschen berühren, die sich jedem plumpen Zugriff entziehen, daß man andererseits Menschen, die ein metaphysisches Bedürfnis nicht kennen, deren inneres Leben von der wissenschaftlichen Anschauung erfüllt ist, mit gleichem geistigen Reichtum zu begegnen habe. Um jeden Beweiskonflikt aus der Schule zu verbannen, verweist darum die weltliche Schule den bekenntnis-mäßigen Religionsunterricht grundsätzlich an die ihn fordernde, von den Eltern aufgerufene kirchliche Gemeinschaft.

Umgekehrt vermischt die Sozialdemokratische Partei die Einheitslichkeit und Deutlichkeit in der Haltung der liberalen Parteien. Es gibt in ihnen große Gruppen, die die religiöse Erziehung der Jugend für die Schule auf der Grundlage eines allgemeinen, überkonfessionellen Religionsunterrichts retten möchten. Andere fordern einen gesonderten Moral- und Sittenunterricht, wie ihn auch einige weltliche Schulen übernommen haben. Ein überparteilicher Religionsunterricht befriedigt aber weder das eine kirchliche, religiöse Bedürfnis, noch hält er den neupädagogischen Anforderungen an Unmittelbarkeit und Wahrhaftigkeit des Erlebens und Erfahrens stand. Auf keinen Fall ist sein innerer Wert so groß, daß er die Hinnahme aller Widersprüche und die nicht zu befeitigende Uneinigkeit, die durch ihn in die Schule hineingetragen wird, rechtfertigt. Und vom gesonderten Moralunterricht gilt dasselbe wie vom Religionsunterricht: Ebensovornig wie echtes religiöses Erlebnis lehrbar und mitteilbar ist, ist es die wahrhaftige Moral. Beide, Religion und Sittlichkeit, wollen erlebt und vor allem — gelebt sein.

Im Hinblick auf diese Gegensätze, Zweifel und Unsicherheiten ist die jüngste Aeußerung Professor Heilpachs, eines prominenten Führers der Demokratischen Partei, von außerordentlichem Wert. Er stellt in der „Vossischen Zeitung“ fest, daß „der gesamte Profanunterricht der bairischen Simultan-schule selbstverständlich „weltlich“ sei.“ Der Staat sorge lediglich dafür, „daß der religiöse Unterricht im Lehrplan der Simultan-schule gewährleistet und nicht dem Zufall überantwortet bleibt.“

Wenn sich diese Auffassung in der liberalen Öffentlichkeit — auch bei ihren Lehrern — durchsetzen wird, wenn die letzte Unsicherheit über den toleranten Charakter der Simultan-schule jeder Weltanschauung gegenüber (nicht nur innerhalb der christlichen Bekenntnisse) beseitigt ist, wenn die „Weltlichkeit des Unterrichts“ (der allgemeinen Simultan-schule mit fakultativem gesonderten Religionsunterricht) im Sinne der Reichsverfassung verbürgt ist, dann kann die unerlässliche Einigung der Oppositionsparteien im Kampf gegen den keuchenden Reichsschulgesetzentwurf als vollzogen gelten. Für die Sozialdemokratie ist es nunmehr ein Schritt von rein faktischer Bedeutung, ob sie im Augenblick der schwersten Gefahr für das Schulwesen die generelle, ihr aufgezwungene Forderung der „Gründung von weltlichen Schulen“ zurückstellt und an ihrer Stelle, nach dem Beispiele Oesterreichs, die nachdrückliche Forderung der „Weltlichkeit des Unterrichts“ erhebt. Die organisatorische und pädagogische Einheit des Schulwesens im allgemeinen, die Erhaltung der freien Schulform in Hamburg, Baden, Thüringen und Hessen im besonderen, wiegt ihr in dem Augenblick schwerer, als die Vermehrung der Anzahl der weltlichen Schulen. Und der Satz allerdings bliebe als ungeschwächtes Kampfs- und Kennwort unserer politischen Konfession bestehen: Die Brechung des Bildungsprivilegs ist nicht minder wichtig als die Brechung des Besitzprivilegs.

In diesem Zeichen werden wir siegen, in einem unzeitig angebrochenen und auf falschem Operationsfeld aufgenommenen Kulturkampf sicher unterliegen.

Eigenartiges Verhältnis zur Wahrheit.

Beweis nicht fährbar. — Vertrauensvotum als Wahrheitsersatz.

Neustrelitz, 4. August. (TL.)

Nachdem sich der Mecklenburg-Strelitzer Landtag nach der gestrigen Plenar-sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt hat, ließ Staatsminister Schwabe der Presse nachstehende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung zugehen:

„Zu Anfang der gestrigen Plenar-sitzung des Landtages, der ich wegen der Abstimmung über das Mißtrauensvotum der sozialdemokratischen Fraktion zunächst nicht beizuwohnen, hat der Vorsitzende dieser Fraktion in einer Erklärung mir den Vorwurf gemacht, daß ich zu der Frage betreffend Zahlungen an den Major Gehring die Unwahrheit gesagt hätte. Ich muß es ablehnen, zum Beweise der Unrichtigkeit dieses Vorwurfes den mir anheim gegebenen Weg einer Beladungsanfrage gegen den Vorsitzenden der Fraktion zu beschreiten. Im parlamentarischen Kampf genügt es mir, daß die Abgeordneten der die Regierung stützenden Parteien mir durch Ablehnung des Mißtrauensvotums das Vertrauen ausgesprochen haben.“

Der Staatsminister Schwabe läßt den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit auf sich sitzen — weil er den Gegenbeweis nicht führen kann. Er benutzt ein politisches Vertrauensvotum als Wahrheitsersatz. Im Untersuchungsausschuß, den der Landtag von Mecklenburg-Strelitz eingesetzt hat, wird dieser Fall unter die Lupe genommen werden müssen.

Ehrhardt-Stahlhelm in Württemberg.

Eine Fortsetzung des verbotenen Wiking.

München, 4. August. (Eigenbericht.)

Das Land Württemberg wird in Zukunft der Schauplatz der Tätigkeit des Kapitäns Ehrhardt bilden. Wie das Stuttgarter deutschnationale Parteiorgan unter dem Stichwort: „Vaterländische Einigkeit in Württemberg!“ mitteilt, hat Kapitän Ehrhardt die Führung des Landesverbandes Württemberg im Stahlhelm angenommen. Zu seinem Geschäftsführer und Stellvertreter hat er den bisherigen Leiter des Bundes Wiking, v. Jagow, bestellt. Die Mitglieder des Bundes Wiking werden in den Stahlhelm übergehen und der Bund Wiking wird seine Tätigkeit einstellen. Das deutschnationale Blatt erklärt, daß der Zusammenschluß der beiden Verbände im nationalen Lager allgemeine Anerkennung und freudige Zustimmung finden wird. Die Einigung käme allerdings nicht unerwartet, denn sie sei die Frucht der zielbewußten Einigungsbemühungen des Kapitäns Ehrhardt. Man kann wohl hinzufügen, daß die Beglückung des Landes Württemberg mit dem ehemaligen Hochverräter und Kappitän nur durch das deutschnationale Parteiorgan, das augenblicklich in Württemberg herrscht, möglich war.

Der Putzkist sammelt Putzkisten.

Wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, haben zwischen dem Führer des Verwolf, Fritz Kloppe, und dem Kapitän Ehrhardt Besprechungen stattgefunden, die einen weiteren Schritt auf dem Wege einer engeren Zusammenarbeit zwischen den nationalen Verbänden ergaben. Auch eine Reihe von Provinzialverbänden haben in der letzten Zeit ihren Anschluß an den Stahlhelm vollzogen.

Geglückte Berufung. Die Berufung des verantwortlichen Schriftleiters der nationalsozialistischen Wochenschrift „Der Eisenhammer“ gegen das Urteil des französischen Militärpolizeigerichts Landau (30 Tage Gefängnis, 500 M. Geldstrafe) wegen Veröffentlichung der beiden Artikel „Die Hölle in der Fremdenlegation“ und „Der schwarze Tag in Düsseldorf“ (Erschießung Schlogeters) wurde hinsichtlich der erkannten Gefängnisstrafe für begründet erklärt. Es wurde nur auf 500 M. Geldstrafe erkannt.

Im Propheten hat es Deutschland seit der Revolution nicht gemangelt. Ein Häufchen hatte den Ehrgeiz, Reichspräsident zu werden. Nagel wird dem Kaiser zurückführen. Schon leuchtet ihm die Gnade aus Doorn, schon glänzen vertrauliche Anmerkungs-schreiben Wilhelmss seinen Eigentempel zu Krendise. Sachverständigenurteile und allerhöchste Anerkennung — der Weg zum deutschen Aufstieg ist vorbereitet. Daß ihm eine Gemeinde aus Mecklenburg und benachbarten Gefilden entstehen wird, wer wollte daran zweifeln. Schlicht endet er seinen mit vielen positiven Ergüssen gezielten Wahlaufzug: „got befehlen“ und unterzeichnet „auf ewig dein gustaf nagel wanderprediger und tempelwächter reichstagskandidat der deutsch-kristlichen volkspartei“. Ein kleines Versehen Ihrerseits, Herr Nagel, es muß heißen: „volkspartei“.

Trauriger Bänfelsang.

Was soll ich in Hundstagsblut kämpfen?
Sicht man doch das flüssige verdampfen,
Und der Krugen, einst gestirbt und leht,
Weicht sich auf, da innen er durchdringt.

Aufgelöst erscheint selbst die Kamintern. —
Ich, vor Schreck fiel ich fast auf den Hintern,
Als ich las, daß sogar Trost ist
Recht Einomjow vor die Tür man legt.

„Solches“ sprach nach einer kleinen Stärkung
Ich zu mir, „bleibt schwerlich ohne Wärtung.“
Dieses Wort war mir noch kaum entsetzt,
Hört ich Anorren, wie wenn Holz gesägt.

Ich, mir kullerten zwei dicke Tränen,
Denn zerspalten lag zu Sägespänen
(„Wie“, frag ich, „hat das man nur gekonnt?)
Die sozial gerühmte Einheitsfront.

Oder ihrer falschen Ballisten,
Abgemäht durch Höllein und durch Pieden,
Sanken Urbahns, Scholens, Ruch und Röh,
Bartels, Kenzler — ach, mir fehlt der Platz,

Alle Namen zu veröffentlichen,
Die man von der Liste hat gestrichen.
Ständisch geht bald hier, bald dort wer hops
Wegen Eigenwilligkeit des Kops.

Frage ich mich nun, wie dießs endet,
Fühle ich mich keineswegs gebendet
Vor dem angefangen Augen des
Eugenannten Reinigungsprozes.

Ohne Wortschamel und Phrasenwimpel
Sehe ich das Ende ziemlich simpel:
Fehl's an Ware, hört von selber auf
Selbst der größte Massenverkauf.

Rich. von Lindenbuchen.

Moskauer Ermahnungen für die KPCh.

Beforgnisse wegen der Politik der Kuomintang.

Moskau, 4. August.

Die aus dem Bruch zwischen der Kuomintang-Partei und der kommunistischen Partei Chinas zu erwartenden Folgen werden von der Sowjetpresse lebhaft erörtert. Die Blätter billigen den Beschluß des Zentralkomitees der chinesischen KP, alle Kommunisten aus der Nationalregierung abzuberufen und „die gegenrevolutionäre Rolle der Kuomintang-Führung zu entlarven“. Andererseits sind die Sowjetblätter aber auch durchaus einverstanden mit der Stellungnahme der chinesischen Kommunisten, die den Bruch nicht bis zum vollstündigen Austritt aus der Kuomintang durchzuführen wollen. In den Moskauer Blättern wird die Meinung vertreten, daß die Hauptaufgabe der chinesischen Kommunisten jetzt darin bestche, innerhalb der Kuomintang Einfluß auf die breiten Massen zu gewinnen und die Führung an sich zu reißen. Daß nun die Kuomintang-Führer ihrerseits den Bruch bis zum äußersten treiben und die Kommunisten aus der Partei gänzlich hinausträngen wollen, wird in Moskau mit nicht geringer Beforgnis beobachtet. Die Blätter sehen einen sehr schweren Kampf zwischen der Kuomintang-Führung und der kommunistischen Partei Chinas voraus, wozu letztere dabei „echt bolschewistische Fähigkeit“ zeigen und nötigenfalls auch „unterirdisch“ zu operieren vorziehen müsse. Die „Beningsradetska Prauda“ stellt in einem Leitartikel der chinesischen Kommunistenpartei in einem väterlich-wohlwollenden Ton die Besuiten: von einer so jungen Partei dürfe man ein fehlerloses Verhalten noch nicht fordern, manche bisher begangene Fehler sollten ihr daher nicht ernstlich angelastet werden, wenn die Parteiführung nur jetzt begreift, daß sie im Verlauf der Revolution mehr als einmal den Ereignissen nachgehinkt sei, anstatt die Richtung zu weisen.

Verrottende Kabel.

Man kann sich über die Teilung der Vente nicht einigen.

Washington, 4. August.

Am 4. Oktober beginnt hier eine Konferenz für Radiotelegraphen. Im Staatsdepartement wurde die Möglichkeit zugegeben, daß anlässlich der Konferenz, aber außerhalb ihrer Tagung, die Frage einer Neuverteilung der vierzehn früheren deutschen Kabel erklärt werde. Die Vereinigten Staaten hatten kürzlich England, Frankreich, Italien und Japan eingeladen, in Fortsetzung der ergebnislos verlaufenen Konferenz von 1922 die Diskussion wieder zu eröffnen, da die Vereinigten Staaten und Italien, die bei der Verteilung 1921 leer ausgegangen, einen Anteil an diesen Kabeln, die Europa, Afrika, Südamerika, Asien und Guam verbinden, beanspruchen. Frankreich, das über ein Fünftel dieser ehemals deutschen Kabel durch private Gesellschaften betreiben läßt, lehnte damals die Abgabe eines Teiles an die Vereinigten Staaten ab, und verlangte, daß die Kabel nach demselben Schlüssel wie die Reparationen aufgeteilt würden, während die Vereinigten Staaten wünschten, daß alle fünf Staaten gleich behandelt würden. Bis jetzt sagten England, Italien und Japan ihre Bereitwilligkeit zu einer neuen Besprechung zu. Frankreich dagegen antwortete noch nicht. Dem Vernehmen nach verlieren die Kabel, da sie kaum instand gehalten werden, jedes Jahr mehr an Wert. Die Vereinigten Staaten seien daher bemüht, die Frage zu lösen und den Wert festzusetzen, bevor die Kabel als unbrauchbar ausgegeben werden.

Die Neuherungen von Serruys über die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland werden in Berlin als reichlich optimistisch bezeichnet. Auf die selbstverständliche Forderung deutscher Konsulate in Utsch-Lothringen und Waroklo wollen die Franzosen durchaus noch nicht eingehen.

Am 80. Geburtstag gestorben. Bürgermeister a. D. Dr. Fehling von Lübeck ist an seinem 80. Geburtstag plötzlich gestorben.

Der nagel am farg der monarchie.

Von Lucian.

Wunderbar sind die Wege der Vorsehung. Lote stehen aus ihren Gräbern auf, um die verstorbene Monarchie wieder ins Leben zurückzurufen. Gustaf Nagel, oder wie er seinen Namen selber schreibt, gustaf nagel, dessen Tod bereits zweimal verurteilt worden war, steigt aus dem zu früh ihm zugesprochenen Jenseits herab und erhebt gewaltig die eherner Stimme des Propheten: „halt! ir neuert falschen kurs“, so schreibt er mit der ihm eigenen Orthographie. Gustaf Nagel weiß aus innerer, von zwei Sachverständigen, einem Arzt und einem Pastor, ihm bescheinigten Erleuchtung — die modernen Propheten lassen sich ihre Mission von Sachverständigen begutachten —, daß er der geistige Führer des deutschen Volkes sei. Man braucht nicht approbierter Arzt zu sein, um zu helfen, man muß nicht im Neuen Testament stehen, um ein Paulus zu sein, es genügt, daß ein „Sachverständiger“, offenbar einer für Heiligkeit, vor Gericht aussagt: „her nagel, ire wiffonen stehen mit den wiffonen des paulus/paulus auf gleicher stufe.“ Kurz und gut, der so beschaffene nagel, ein Streiter des Herrn, gibt uns mit vielen schönen Worten, in Poesie und Prosa, von seiner Erweckung Kenntnis, und da ein Prophet heutzutage sich nicht mit dem Himmel begnügt, sondern fest auf der Erde steht und aus ganzem geht, so tut er, was erleuchtete Geister vor ihm getan haben, wie zum Beispiel der zu seinen Vätern versammelte Häufchen, er zieht hin und gründet eine Partei, nicht nur das, er kandidiert für den Reichstag.

Wer etwas Großes zu sagen hat, der bedient sich der biblischen Sprache. Ohne den heiligen Geist geht es nicht, und dieser heilige Geist ist der Geist gustaf nagels, des bescheidenen Mannes mit dem einfältigen Herzen und den kleinen Anfangsbuchstaben. Er scheint mit Gott auf besonders vertrautem Fuße zu leben; denn obwohl da gesagt ist, man solle den Namen Gottes nicht mißbrauchen, führt ihn Nagel beständig im Munde. Er hat aber auch große Dinge mit uns vor; denn „unter gotes führung ferheißt uns got wider ein freies deutschland mit ausgeschweiften (!) leuchtenden grenzen und das auch unsere kolonien wider deutschen namen tragen werden. drum lomt, lomt und schließt euch meinem deutsch-kristlichen folkbund an.“ Was will der Bund? Erstens einmal alle Christen aller Bekenntnisse zu einer deutsch-kristlichen Kirche vereinen. Sodann, und das ist das wichtigste: „der bund will unter der schwarz weis roten fane und dem herrscherhaus hohenzollern, mit einer wermacht von ca. 800 000 man, wo jeder 10. man wider solbat werden mus, treu deutsch sein.“ Man sieht, Nagel sieht sich mit einer geradezu großartigen Prophetengeste über irdische Abhängigkeiten, zum Beispiel die Bestimmungen des Versailler Vertrages, hinweg und läßt jeden zehnten Mann und mehr Solbat sein. Daß die Fahne schwarzweißrot sein muß, scheint für einen gutgelesenen Mann, wie er einer ist, selbstverständlich zu sein. Die Monarchie erwacht aus ihrem Scheintod, seitdem Nagel sie besprochen hat.

In Rußland gibt es wieder Offiziere. Die Sowjetbehörden haben es bisher möglichst vermieden, amtliche Benennungen aus der Zeitenzeit zu gebrauchen. So verhielten sich nach der Revolution die Staatsanwälte, die Rechtsanwälte, die Minister, Generäle, Offiziere usw. Sie wurden durch revolutionär klingende Bezeichnungen ersetzt. Aus dem Staatsanwalt wurde ein öffentlicher Ankläger, der Rechtsanwalt verwandelte sich in einen Gerechtigkeitsbeistand, der Minister wurde Volkskommissar und der Offizier hieß Instruktor. Besonders in der Armee häuften man sich bis zuletzt, die Rangunterschiede irgendwie zu unterrichten. Nicht einmal die „Instruktoren“ durften Abzeichen tragen. Jetzt, nachdem sogar die Orden wieder eingeführt sind, kommt der „Offizier“ wieder zu seiner Geltung. Wurde auch das Wort Offizier vor einiger Zeit wieder in den gewöhnlichen Sprachgebrauch aufgenommen, so konnte man es bei offiziellen Veranstaltungen und Festreden bisher nicht hören. Das scheint nun anders werden zu wollen. Bei einer Parade überreichte eine Arbeiterdivision dem Kriegskommissar Borschinnow eine rote Fahne, auf der zum erstenmal die bedeutungsvollen Worte zu lesen waren: „Dem ersten roten Offizier der Sowjetunion von seinen Arbeiterkameraden“.

Musikernot in USA. Die schwere Krise, die überall im Konzertleben herrscht, hat auch das Dollarland, das allen Musikern so lange als Dorado galt, nicht verschont. Es mag unseren Lesern um die Existenz ringenden Orchestermusikern ein Trost im Unglück sein, wenn sie hören, daß auch ihre Kollegen in der Neuen Welt längst nicht mehr auf Rosen gebettet sind. So ist eben erst das Chicago-Symphonie-Orchester, eine der vorzüglichsten Instrumentalvereinigungen der Vereinigten Staaten, genötigt worden, sich aufzulösen. Den Anlaß zu den Schwierigkeiten gab die Frage der Honorierung der Mitglieder, die die Erhöhung der Mindestgage von 80 auf 100 Dollars in der Woche gefordert hatten, ein Verlangen, dessen Erfüllung die Konzertunternehmer als unmöglich bezeichneten. Aus diesem Anlaß weisen die „New York Times“ darauf hin, daß es heute kein amerikanisches Orchester gibt, das die Saison nicht mit einem großen Defizit abschließt, auch wenn jedes Konzert ausverkauft ist. Das Blatt rechnet bereits mit der Möglichkeit, daß die Eintrittspreise der Orchesterkonzerte zu dem Höchstsatze, der überhaupt möglich ist, gesteigert werden müssen, wie das in den Theatern, Kinos, Sportplätzen und anderen Unterhaltungen bereits geschehen ist. Man braucht sich im übrigen, wie das New Yorker Blatt weiter ausführt, nicht zu wundern, daß die amerikanischen Orchestermusikler erbittert sind, wenn sie sehen, daß Pfisterarbeiter und Maurer heute mit 14 bis 15 Dollars im Tag entlohnt werden, und daß man fortsetzt „Dirigenten importiert“, deren Gagen geradezu ins Unermessliche angewachsen sind.

Theaterabend in Skofburg. In einem Zwischenfall kam es im Skofburger Opern-Theater, in dem ausnehmend das Leipziger Operetten-Theater spielte. Bei Beginn der Operette „Kaffeehaus“ pliff das Publikum die deutschen Darsteller aus und und brach durch Kul- und Applaus der Stille. Der Direktor mußte die Vorstellung abbrechen und den Vertrag mit der Leipziger Truppe lösen.

Die Weltkonferenz für die Erneuerung der Erziehung wurde am Mittwoch in Locarno eröffnet. Radezu 1000 Vertreter aus 45 Ländern sind zu dieser Veranstaltung eingetroffen. Nordamerika, Rußland, Afrika, Kleinasien und die meisten europäischen Staaten sind vertreten. In deutscher Sprache begrüßte Frau Dr. Kollin die Anwesenden.

Die Internationale der Demokraten. Deutscher Besuch bei Lloyd George.

London, 4. August.

Auf Einladung von Lloyd George nahm der Führer der Deutsch-Demokratischen Partei, Koch-Weser, an der Tagung der Liberalen Sommerschule in Cambridge teil. Es fanden mehrere Besprechungen im kleinsten Kreise statt über die gemeinsame Arbeit für die Zukunft des europäischen Liberalismus, die zu bestimmten Abreden über eine dauernde Fühlungnahme führten. Koch sprach in der Sommerschule über das Verhältnis des deutschen Liberalismus zur Sozialdemokratie, über das Verhältniswahlrecht und über den Reichswirtschaftsrat und die Betriebsräte.

Professor Bonn hielt einen Vortrag, in dem er die Schwierigkeiten schilderte, denen das industrialisierte Europa begegnet, wenn es an Märkten von weniger entwickelten Teilen der Welt Einfluß sucht. Während Kriegsgefahr die Einführung des Freihandels unmöglich machen würde, das Vorhandensein des Freihandels zwischen unabhängigen Staaten einen Krieg unmöglich machen. Er habe oft an die Möglichkeit gedacht, eine Union von Freihandelsländern zu schaffen, deren Teilnehmer untereinander die Tarife abschaffen, gleichzeitig aber das Recht behalten würden, für Nichtmitglieder die Tarife aufrechtzuerhalten.

Der wildgewordene Feldpastor.

Dotterweich wird hart.

In Bayern gehören Kriegervereinsfeste sonder Zahl zu den allwöchentlichen Erscheinungen. Was bei diesen Gelegenheiten alles zusammengeköpft wird, kann man sich ungefähr vorstellen. Gemeingefährlich wird die Sache fast immer dann, wenn christliche Seelenhirten die Festrede zu bestreiten haben. Sprach da jüngst der Kriegervereinsleiter mit der obigen Fahnenweihe der Ansbacher Pfarre Dotterweich in dem Dörschen Rauenzell, wobei er sich, um den Eindruck zu erhöhen, in die Feldgeistlichenuniform gekleidet hatte, folgende erbebende Worte:

„Heilige Ehrfurcht ergreift mich, wenn ich die Schar einst so todesmüder Krieger überblicke. Wenn auch im Jahre 1918 narrenhafte Lausbuben und räudiges Gesindel unsere bitterbösen Zeiten herausbeschworen haben, der Brüder Herz in Schmach und Schande blutet, die Fahnen eingerollt, weite Gebiete in Feindschaft gebieten sind, so bleibt doch ein Trost, immer und immer wieder entstehen neue Banner im deutschen Kriegerbund mit dem Segen Jesu Christi geweiht. Es sind die Mahnmale der Erkenntnis zum Sammelort zur Freiheit! Rur ein wehrhaft Volk ist ein ehrhaft Volk. Darum ist die Annahme der Knechtschaft niemals Mittel zum Frieden. Ihr toten Kameraden, heilig sei Euer Andenken! Wir geloben zum Danke ewige Treue zum Vaterlande zur einstigen baldigen Befreiung.“

Häufigst, Du sollst nicht töten! — Das hat er nicht gesagt, der Räuber der Lehre Christi.

Argentinens Rückkehr. Die Regierung hat in der Kammer einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um sich die Erlaubnis zur Besichtigung der Volksversammlung in Genf geben zu lassen. Die bisherigen Gesandtschaften in London, Paris und beim päpstlichen Stuhl sollen in Boisfanten umgewandelt werden.

Der Sattenmörder stellt sich selber.

Er will das Opfer seiner hysterischen Frau sein.

Der Fiskus Walter Dittmer aus der Zionskirchstraße, der Mörder seiner Frau, erschien heute morgen um 2 Uhr bei dem diensttuenden Kommissar im Postsektor und stellte sich der Behörde zur Verfügung. Er gibt an, daß er zuerst die Absicht gehabt habe, sich das Leben zu nehmen, um diesem Plan aber wieder abgekomen zu sein. Da seine geringen Mittel inzwischen verbraucht worden sind und eine Flucht unmöglich geworden war, stellte er sich selbst. Er macht einen sehr heruntergekommenen Eindruck. In den frühen Morgenstunden wurde der Mörder von Kriminalrat Genack und Kriminalkommissar Dröger zu der Bluttat eingehend vernommen.

Dittmer gibt an, daß die fortgesetzten hysterischen Angriffe seiner Frau ihn in der Rotwehre hätten zum Weiser greifen lassen. Wie bekannt, war es schon am Nachmittag zwischen den Eheleuten zu einem heftigen Zerwürfnis wegen einer Angelegenheit gekommen. Nach Lebensschluß begab sich das Ehepaar vor die Tür, um etwas Luft zu schöpfen, und Frau Dittmer setzte auf offener Straße ihre Angriffe gegen den Mann fort. Gegen 11 Uhr kehrte das Ehepaar, wie der Mann behauptet, in die Wohnung zurück, um zur Ruhe zu gehen. Alle Versuche des Mannes, die Wut der Frau, die sich ständig steigerte, zu beschwichtigen, schlugen fehl. Als die Frau in ihren Ausdrücken und Beschimpfungen immer ausfallender wurde, packte ihn die Wut. Er würgte sie am Hals und bedrohte sie mit einem Rasiermesser. Nach seiner Darstellung will er nicht gestochen haben, sondern die Frau habe das Messer mit den Händen gepackt und sich selbst die Verletzung am Hals beigebracht. Als Frau Dittmer tot war, reinigte der Mann das blutbefleckte Messer sorgfältig und legte es an seinen gewohnten Platz im Boden zurück. Dann raffte er alles Geld zusammen und verließ den Ort seiner Tat. Er nahm eine Autodrohke und ließ sich nach dem Bahnhof Grünwald fahren. Am Wasser angelangt, wollte er sich zuerst durch Ertränken das Leben nehmen, änderte aber seinen Entschluß und hielt sich nun, da er damit rechnen mußte, daß die Polizei ihn verfolgen werde, im Grünwald verborgen, wo er auch nachlagte. Seine geringen Mittel gingen allmählich zu Ende, jeder Fluchtweg war ihm abgeschnitten, und er mußte damit rechnen, bei seinem Auftauchen in der Stadt festgenommen zu werden. So erschien er denn selbst und stellte sich zur Verfügung. Inzwischen seine Angaben der Wahrheit entsprechen, bedarf natürlich noch der Nachprüfung. Er wird daher nach weiter verhört werden.

Schreckenszene auf Bahnhof Alexanderplatz. Selbstmord eines persischen Handelsattachés.

Aus bisher noch unbekanntem Gründen verübte gestern Abend der 38 Jahre alte persische Honorarhandelsattaché Hassan Aliawi, der in der Wilmersdorfer Straße 94 wohnte, Selbstmord. Kurz vor Mitternacht beobachteten Fahrgäste und Bahnbeamte auf dem Bahnhof Alexanderplatz, wie ein Mann sich vor einen einziehenden Zug warf, nachdem er zuvor Hut und Rock beiseite geworfen hatte. Der Zug, der nicht mehr zum Stehen gebracht werden konnte, überfuhr den Lebensmüden und löste ihn auf der Stelle. Kriminalbeamte des 9. Reviers brachten den Toten nach dem Schauhaus, wo alsbald seine Personalkarte festgestellt wurde. Aliawi war verheiratet und befand sich seit dem Jahre 1925 in Deutschland.

Der Kellner als Kaplan.

Das katholische Pfarramt in Fürstentum ließ kürzlich die Stelle eines Seelsorglichen für die Gemeinde Storkow ausschreiben. Uner den Bewerbern befand sich auch ein Kaplan Paul Hartwig aus Berlin, der angeblich einen sehr guten

Das Gespräch über den Ozean.

12000 Kilometer wurden ausgezeichnet überwunden.

Das große Experiment, von vielen mit einiger Skepsis erwartet, ist gestern Abend geglückt. Man sprach gestern, wie bereits kurz gemeldet, vom Vozhaus in der Potsdamer Straße aus auf direktem Wege mit Buenos Aires. Mit Hilfe des Kurzwellensenders und der sonstigen technischen Einrichtungen der Transradio-Gesellschaft ist die 12000 Kilometer betragende Entfernung überbrückt worden, und die sämtlichen elf Redner, die nach Buenos Aires sprachen, sind, wie die nach wenigen Minuten eingehenden drahtlosen Telegramme meldeten, ausgezeichnet verstanden worden.

In Berlin waren Vertreter der deutschen Behörden versammelt. In Buenos Aires zur gleichen Zeit der argentinische Außenminister Gallardo, Vertreter der Transradio Argentina, der deutsche Gesandte Dr. Oneist, Dr. Edener, der zurzeit in Argentinien weilt, Vertreter der argentinischen Telegraphen- und Postverwaltung und Herren der deutschen Kolonie.

Im Vorführraum des Vozhauses

Begann um 20 Uhr die Musik, und schon um 20,18 Uhr wurde von Buenos Aires telegraphisch gemeldet, daß die Musik gut gehört werde. Die Transradio-Empfangsstation in Gellow bei Potsdam nahm die Telegramme sofort auf und leitete sie automatisch in die Dranienburger Straße, wo Empfangsstation Gellow und Sendestation Rauen in einer Kopfkonzentration vereinigt sind. In einem besonderen Rahmen begaben sich dann die einzelnen Sprecher nacheinander vor das Mikrophon. (Am künftigen Verteilung wird ein Handapparat die gleichen Dienste leisten.) Als erster sprach Staatssekretär Dr. Felerabend als Vertreter des Reichspostministeriums. Als zweiter sprach Legationsrat Eduardo Racedo als Vertreter der argentinischen Gesandtschaft. Sodann ergriff Staatssekretär von Bredow das Wort. Ein Vertreter des amtlichen deutschen Telegraphenbureaus übermittelte besonders herzliche Grüße an die Presse. Es sprachen dann weiter Herr Grünsfeld für die Internationale Handelskammer, darauf Graf Arco für die Telefunken. Graf Arco führte u. a. aus: „Seit wenigen Wochen hängt an der Sackruwer Kirche nahe bei Potsdam eine Bronzeplatte zur Erinnerung, daß hier vor 30 Jahren in Deutschland die ersten Versuche mit drahtloser Telegraphie von Professor Slaby gemacht wurden, nachdem er im Jahre vorher Marconis erste Erfolge

miterlebt hatte. Ich half damals als Assistent. Ein kleiner Funkenindikator stand neben der Kirche, angeschlossen an den Luftdraht, und vier Kilometer davon entfernt, am Eingange Potsdams, der Empfänger, welcher die verabredeten Zeichen aufzeichnete. Mit sorgenvoller Miene betrachteten wir die Ergebnisse. Wird es je möglich sein, drahtlose Telegraphie auf 50 oder gar auf 100 Kilometer zu übertragen? Wird die drahtlose Technik jemals den Weg vom Laboratorium in die harte Welt des Gebrauchs machen? Dreißig Jahre, eine lange, lange Zeit, gemessen an den Erlebnissen des Einzelmenschen, aber eine knappe Sekunde im Zeitmaß der Kulturentwicklung. Jetzt stehe ich voll innerer Erregung vor dem Mikrophon, das meine Worte, getragen von elektrischer Strahlung, nach Buenos Aires bringen soll. 30 Jahre Entwicklung und doch nur ein Luftstoß, nur ein Wortspiel! Jetzt erst beginnt unsere Technik ihren Siegeslauf: Schnelltelegraphie, Telephonie und Bildübertragung über alle Entfernungen des Erdballs bei Tage wie bei Nacht und in immer zunehmender Sicherheit. Das ist kein Traum, das ist beglückende Wirklichkeit, die sich hier vollendet.“

Während der Gespräche trafen

fortlaufend Antworttelegramme

ein, und zwar höchstens eine bis zwei Minuten nach Schluß des jeweiligen Gesprächs, daß alle Ansprachen ausgezeichnet verstanden worden seien. Darauf spielte wiederum das Orchester, und zwar zunächst die argentinische Nationalhymne und darauf das Deutschlandlied. Später lief ein Telegramm des argentinischen Marineministers ein, der im Namen der argentinischen Regierung herzliche Grüße sandte und sich beglückte über den gelungenen Verlauf einer direkten telephonischen Verständigung zuherz. Legationsrat Eduardo Racedo drückte hierauf als Vertreter des argentinischen Gesandten in Berlin den Dank des argentinischen Volkes und seine Freude darüber aus, daß es ihm vergönnt sei, als Vertreter Argentinien diesem historischen Augenblick direkter telephonischer Verbindung zwischen Deutschland und Argentinien beizumohnen zu können. Ihm antwortete Staatssekretär Sautter, der seiner Genehmigung über die gelungenen Versuche telephonischer Verbindung zwischen Deutschland und Argentinien ausdrückte und die Hoffnung aussprach, daß dies ein weiterer Schritt sein möge, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Argentinien und Deutschland zu fördern.

Der Dauerflugrekord in Dessau.

Bisher störungsloser Verlauf des Fluges.

Dessau, 4. August.

Die am gestrigen Mittwoch früh zu einem Dauerrekordversuch aufgestiegene Junkers Ozeanmaschine 33 L. unter Führung des Piloten Rißitz und Edvard hat die ersten 24 Stunden glücklich überwunden und pendelt zurzeit in störungslosem Fluge weiter zwischen Dessau und Leipzig-Wolkau. Im Laufe der Nacht hatte sich der in den Abendstunden aufsteigende Bodennebel so verstärkt, daß die Flieger nach Mitternacht den Pendelflug für einige Zeit unterbrochen und nur in der Nähe des Dessauer Flugplatzes kreisen mußten, um im Bereich der dortigen Leuchtzeichen zu bleiben. In den frühen Morgenstunden ging dann bei zunehmender Sicht die Reise wieder nach Leipzig und zurück. Um 8,40 Uhr war nach einer Gesamtflugzeit von 26 Stunden 45 Minuten die 25. Runde vollendet. Mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 125 Stundenkilometern war insgesamt eine Strecke von zirka 3350 Kilometern, davon zwischen den Wendemerkmalen Dessau und Leipzig eine Strecke von 2500 Kilometern zurückgelegt. Auftragsgemäß meldeten die Piloten jedesmal durch Zettelabwurf, wenn ein Benzintank entleert war. Um 8,40 Uhr lag die Meldung über die Entleerung von sechs Tanks vor. Die Nachricht über den lebenden Tank blieb dann aber zur erwarteten Zeit aus, woraus geschlossen werden kann, daß sich einer der beiden Flugzeugführer in den heutigen Vormittagsstunden zu einer kurzen Ruhe auf das in der Kabine provisorisch hergerichtete Lager begeben hatte. An Lebensmitteln führten die Flieger Kaffee, Tee, Zitronenwasser, Brot und Fleischkonserven mit. Das Wetter war auch heute vormittag nach den bisher vorliegenden Meldungen günstig.

Um 9,27 Uhr war die 26. Runde vollendet und eine Gesamtstrecke von 3475 Kilometern zurückgelegt. Bei Schluß dieses Berichtes (1/2 12 Uhr) wird aus Dessau gemeldet, daß die Maschine sich auf der 28. Runde befindet, und daß weiterhin alles glatt vonstatten geht.

Gegen 1 Uhr befand sich das Flugzeug fast 30 Stunden in der Luft.

Das Berliner Bureau der Hearst Press übergibt uns zur Veröffentlichung folgende Erklärung über den Flug Dessau—Leipzig:

Die Blätter des Zeitungsverlegers William Randolph Hearst drucken in der heutigen Morgenausgabe in Amerika folgende Erklärung ab: „Der von den Junkersflugzeugern geplante Amerikaflug wird unterstützt durch den Norddeutschen Lloyd, die Darmstädter und Nationalbank und die Zeitungen des Verlegers William Randolph Hearst; in dem Bestreben, die Entwicklung der transozeanischen Luftfahrt zu fördern und eine bessere Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen, hat Mister Hearst einen Gesamtbetrag von 32000 Dollar zur Ermöglichung des Fluges festgelegt. Von diesen 32000 Dollar werden 15000 Dollar für das Vorrecht bezahlt, einen amerikanischen Korrespondenten der Hearst-Blätter als ersten regulären Zeitungsvertreter bei einem transatlantischen Flug als Passagier mitfliegen zu lassen.“

Der reiche Hohenzoller braucht Geld.

Eine für Naturfreunde betrübliche Nachricht kommt jetzt aus Gellow. Der Kartisturm auf den Gellower Höhen soll, wie wir hören, in Privatbesitz übergehen. Der Turm ist Eigentum des Hohenzollernprinzen Friedrich Leopold von Preußen. Da der Prinz seit Jahren für die Instandhaltung des Turmes nicht das Geringste veranlaßt hat, verkommt dort allmählich alles. Die Gemeinde Gellow hat sich an die Verwaltung des Prinzen in Klein-Osternie um künftliche Ueberlassung des Turmes und des Geländes gewandt. Der Prinz forderte von der Gemeinde nicht weniger als 50000 Mark. Diese horrenden Summe aufzubringen ist der kleinen Gemeinde nicht möglich. Nun soll der Turm und das dazugehörige Gelände an einen Privatmann verkauft werden.

Der Naturklubverein Neufuß unterhält in der Kartgartenstraße, Ecke Fontanestraße, acht Minuten vom Hermannsplatz entfernt, ein 17000 Quadratmeter großes Lust-, Licht- und Sonnenbad. Herrliche Parkanlagen umrahmen das eigentliche Lustbad. Eine Kantine hält reichhaltige Speisen zu billigen Preisen zur Verfügung. Naturreine Lebensmittel sind hier zu haben. Auf diesem schönen Gelände ist alles vergnügt. Die braungebrannten Gestalten beiderlei Geschlechts zeugen von der gesundheitsfördernden Kraft der Sonne. Wir empfehlen, dieses Lust-, Licht- und Sonnenbad mit seinen Parkanlagen, Brausebädern, Turn- und Sportgeräten recht oft aufzusuchen.

Die Arbeitsgemeinschaft für Jotzsch und Naturkunde e. V. veranstaltet am Sonntag, dem 6. August, eine forstkundliche Wanderung durch die Köpenicker Dammforst. Führung: Reiterförster Gisholz. Treffpunkt 10 Uhr Bahnhof Köpenick.

Eindruck machte und auch zur engeren Wahl zugelassen wurde. Am vergangenen Sonntag sollte er sich nun vorstellen und die erste Rasse lesen. Das wäre auch geschehen, wenn sich Hartwig nicht mit einem seiner Freunde, der mit ihm ein Zimmer teilte und von der Angelegenheit erfahren hatte, überworfene haben würde. Dieser Freund erstattete bei der Polizei Anzeige, so daß Hartwig, als er schon im Begriff war, die Kanzel zu besteigen, verhaftet wurde. Es stellte sich heraus, daß er nicht Kaplan ist, sondern ein mehrfach vorbestrafter Berliner Kellner.

Explosion in der Meierei Bolle.

Zwei Angestellte durch Gase vergiftet.

Heute vormittag ereignete sich in der Großkühlanlage der Meierei Bolle L. G., Alt-Weiß 98/103, eine folgenschwere Explosion. Aus noch unbekannter Ursache wurde der schwere Deckel des Ammoniakkompressors zerrissen und gegen die Decke geschleudert. Außerordentlich starke Mengen Ammoniakgas strömten aus. Der Maschinist und ein Mädchen konnten sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen und sanken infolge Einwirkung der giftlichen Gase bewußtlos auf den Boden. Die Feuerwehr wurde alarmiert, die auf den Ruf „Menschenleben in Gefahr“ mit vier Löschzügen und zahlreichen Sauerstoffapparaten an die Unfallstelle eilte. Mit Schutzmäskeln versehen drangen die Feuerwehrleute in die völlig mit Ammoniakgasen angefüllten Räume ein, um die Berunglückten zu bergen. Es gelang, beide noch lebend ins Freie zu holen; sie mußten in das nahegelegene Moabit Krankenhaus geschafft werden, wo sie schwer daniederliegen. Sicherheitsmaßnahmen wurden die anschließenden Räume, da man noch weitere Berunglückte darin vermutete, abgeleitet. Glücklicherweise befristete sich die Vermutung nicht. Die Schließung der Ventile zur Verhütung des weiteren Ausströmens von Gasen gestaltete sich sehr schwierig. Der ganze Betrieb mußte längere Zeit stillgelegt werden. Größere Mengen Säure mußten auf den Boden der Fabrikräume gegossen werden, um das Ammoniak zu neutralisieren. Gegen 1 Uhr mittags waren die Arbeiten der Feuerwehr noch nicht beendet. Mehrere Abwässerzüge mußten bis in die Nachmittagsstunden hinein an der Unglücksstätte tätig sein.

Eine Genossenschaft der Gemüsediebe.

Vor einigen Tagen berichteten wir über eine nächtliche Schieberei in Friedrichsfelde, bei der der 46 Jahre alte Otto Mannig so schwer verletzt wurde, daß er bald darauf im Krankenhaus starb. Sein Gegner bei dem Zusammenstoß war ein 39 Jahre alter Gärtner Bernhard Lehmann, der in jener Gegend ausgedehntes Gemüse- und Obstpflanzland besitzt. Lehmann, der von Kriminalkommissar Rebe und seinen Beamten als Schütze ermittelt wurde, gab an, daß der Schuß im Ringkampf wesentlich losgegangen sei. Seine Aussage wurde durch den Obduktionsbefund bestätigt. Außerdem gelang es durch Vernehmung mehrerer Zeugen, ein genaueres Bild über das Leben des Mannig zu erlangen. Es sieht nunmehr fest, daß er seit mehr als drei Jahren seinen Lebensunterhalt systematisch von Gemüse- und Obstdiebstählen bestritt. Die Laube, die er in Friedrichsfelde besaß, diente ihm als Unterschlupf. Sein „Betrieb“ war so ausgedehnt, daß er es allein nicht schaffte. Er hatte daher vier bis fünf Bekannte an der Hand, die er abwechselnd auf seine Diebeswege mitnahm. Auch in der kritischen Nacht zum 26. Juli war er in Begleitung eines Freundes, dem es gelang zu flüchten. Die mitunter sehr reiche Beute wurde auf Wochenmärkten und in Markthallen abgesetzt.

Republikanische Kundgebung am Seddinersee.

Die erste Kameradschaft des Reichsbanners unternahm am Sonntag, dem 31. Juli 1927, mit 3 überfüllten Dampfern, zu denen im letzten Augenblick noch ein großes Motorboot hinzugehängert war — trotzdem mußten bei dem herrlichen Wetter Hunderte zurückbleiben —, einen Ausflug nach dem am Seddinersee gelegenen Lokal „Berliner Schweiz“. Unterwegs wurden die reich geschmückten Dampfer von den in erfreulicher Weise immer zahlreicher werdenden Booten, die die schwarz-rot-goldene Nationalflagge führen, begrüßt. Am Ziel wurden sie von der Wasserportabteilung des Reichsbanners, deren Zug Oberspre mit einigen 50 Booten aufgeföhren war, auf dem Wasser festlich empfangen. Ein später erfolgloser eindrucksvoller Aufmarsch der Wasserportabteilung dokumentierte, wie der Festredner betonte, das Zusammenwirken der Reichsbannerabteilungen zu Lande und zu Wasser, um die Farben der deutschen Republik zur Geltung zu bringen. Die wehenden Fahnen und die über den See hellenden Franzosenlänze lodten zahlreiche Wassersportler an, die sich als Gäste bald wohlfühlten. Für die junge Rudervereinigung der Wasserportabteilung des Reichsbanners sind weitere Riemensorten im Bau. Es werden jetzt die Mannschaften dafür ausgebildet, und weitere Mitglieder können noch aufgenommen werden.

Zum Berufsausbildungsgesetz.

Lehrlinge und Tarifverträge.

Der von der Reichsregierung vor einigen Monaten veröffentlichte Entwurf zum Berufsausbildungsgesetz wird in der nächsten Zeit im Reichswirtschaftsrat zur Beratung kommen. Als eine Hauptfrage, die in diesem Entwurf in einer den Standpunkt der Gewerkschaften mißachtenden Weise behandelt wird, ist dabei die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens zu betrachten. Der Gesetzentwurf sieht die tarifliche Regelung nicht vor.

Der Inhalt des Lehrvertrages soll sich nach den Vorschriften des Reichsrechts und nach Anordnungen richten, die auf Grund von Reichsgesetzen erlassen sind. Soweit eine solche Regelung nicht erfolgt ist, können die Parteien freie Vereinbarung treffen. Die eben erwähnten Anordnungen sollen auf der Grundlage und im Rahmen der Beschlüsse von paritätischen Ausschüssen durch die gesetzlichen Berufsvertretungen (das sind die Handwerks- und Handelskammern) erlassen werden. Da in diesen paritätischen Ausschüssen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleich stark vertreten sind, Beschlüsse über Kostgeld und Urlaub aber eine Mehrheit auf beiden Seiten erfordern, ist anzunehmen, daß in den meisten Fällen keine Anordnung zustande kommt. Dann hätte nach dem Gesetz die freie Vereinbarung in Kraft zu treten. Die Nichtberücksichtigung der tariflichen Regelung ist, wie aus der Begründung zu ersehen ist, — absichtlich geschehen.

In der Begründung wird zwar anerkannt, daß die Regelung des Lehrlingswesens durch Tarifverträge in den letzten Jahren vielfach zweckmäßig gewesen ist und mancherlei Gutes geschaffen hat. Nur auf diesem Wege ist es bei den Mängeln und Lücken des geltenden Rechtes gelungen, in zahlreichen Berufen und Berufsgruppen, die bisher einer planmäßigen Ordnung des Lehrlingswesens überhaupt entbehrten, wenigstens bis zu einem gewissen Grade Ordnung und Planmäßigkeit zu schaffen, die Lehrlingszahlen in ein richtiges Verhältnis zur Zahl der erwachsenen Berufsgenossen zu setzen, einigermassen ausreichende Lehrlingsentlohnungen einzuführen und den gesamten Berufsstand mit der Frage des Nachwuchses zu beschäftigen.

Trotzdem wird die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens abgelehnt, da es nicht wünschenswert sei, den Lehrling in die wirtschaftlichen Kämpfe der Erwachsenen einzubeziehen, zumal die Interessen der Jugendlichen im Widerstreit der Interessen der Erwachsenen nicht aufgehoben seien und von beiden Seiten nicht genügend berücksichtigt würden.

Die künftige Gesetzgebung kann demnach weder alles dem freien Willen der Beteiligten überlassen, noch kann sie die gesamte Berufsausbildung der Jugendlichen den Tarifgemeinschaften und dem Tarifverträge zuweisen.

Der Entwurf glaubt, daß die Ueberweisung der Regelung des Lehrlingswesens an die berufsständischen Körperschaften eine ruhige, auf Sachkunde und sachliche Erwägungen beruhende Entwicklung in die Wege leiten würde.

Von den Gewerkschaften wird also nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß sie darauf Verzicht leisten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lehrlinge durch die Tarifverträge mitzugestalten. Wie schon gesagt, ist das Gesetz nicht in der Lage, einen Ersatz für diese tarifliche Regelung zu bieten, es wird vielmehr in der Praxis die freie Vereinbarung zwischen dem Lehrherrn und dem gesetzlichen Vertreter des Lehrlings viel stärkere Bedeutung erhalten als bisher.

Es scheint, daß bei der Bearbeitung des Gesetzes gar nicht beachtet worden ist, in welchem Umfang die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens bereits besteht. Aus der Statistik über den Bestand an Tarifverträgen am 1. Januar 1925 ist zu ersehen, daß 16 Prozent der im Jahre 1924 abgeschlossenen Tarifverträge, die für 24,3 Prozent der Betriebe und 38 Prozent der Beschäftigten Geltung hatten, Bestimmungen über das Lehrlingswesen enthielten. Im wesentlichen betreffen diese Bestimmungen die Regelung des Lohnes (Kostgeld) und der Ferien für die Lehrlinge.

In erheblichem Maße sind aber auch Regeln für die Zahl der einzustellenden Lehrlinge und über die Dauer der Lehrzeit enthalten. Für eine ganze Reihe von Berufen (z. B. Buchdrucker, Lithographen, Baugewerbe, Buchbindereien, Schokoladenindustrie, Eisenbahner, Zimmerer, Schuhindustrie) bestehen Reichstarife, die schrittweise für mehr als 100 000 Lehrlinge Geltung haben. In der Metallindustrie wurden Ende 1926 etwa 130 Bezirks- und Ortstarife gezählt, die in der Hauptsache Lehrlingslohn- und -urlaub regeln und für mehr als 70 000 Lehrlinge Geltung haben. Bezirks- und Ortstarife liegen weiter für eine ganze Anzahl von Gewerben vor, die nicht einzeln aufgeführt werden können. Auch der Gesetzentwurf müßte aus diesen Tatsachen die Folgerung ziehen, daß ein künftiges Gesetz nicht einfach Dinge ignorieren kann, die im Laufe der Jahre zu Selbstverständlichkeiten geworden sind.

Wenn die Begründung des Gesetzes meint, daß die Verfechter des Tarifvertrages kaum berechnete Veranlassung hätten, sich gegen die im Entwurf vorgesehene Lösung zu wenden, da von einer Jurisdiktion der einen oder anderen Seite nicht gesprochen werden könne, so liegt darin ein gründliches Verkennen der im Wirtschaftsleben wirkenden Kräfte. Es ist ohne Zweifel eine Zurücksetzung der Arbeiterinteressen, wenn der „freien Vereinbarung“ im Lehrlingswesen soweit Tür und Tor geöffnet wird, wie das Gesetz es vorsieht. Die Befürchtung ist doch naheliegend, daß die Arbeitgeber in den paritätischen Ausschüssen der Verständigung über Lohn und Urlaub aus dem Wege gehen werden, weil sie wissen, daß bei Nichtzustandekommen einer Anordnung dem einzelnen Lehrherrn völlig freie Hand gegeben wird.

Es kann den Gewerkschaften erst dann nicht zugemutet werden, daß sie sich durch die vom Gesetz sonst vorgesehenen Verbesserungen auf dem Gebiete der Berufsausbildung veranlaßt sehen, darauf zu verzichten, die Arbeiterinteressen der Lehrlinge mitzuvertreten. Es muß also das Gesetz zum mindesten die Möglichkeit vorsehen, daß der Tarifvertrag die privatrechtlichen Angelegenheiten (Kostgeld, Urlaub u. dergl.) des Lehrverhältnisses regelt. Es dürfte darüber zu reden sein, wie weit auf die tarifliche Regelung der sogenannten öffentlich-rechtlichen Bestimmungen (z. B. Lehrlings-Höchstzahlen, Ausbildungsvorschriften u. dergl.) verzichtet werden kann. Hier könnten die neuerschaffenden Organe ein großes Betätigungsfeld finden. Was aber Lohn, Urlaub u. dergl. betrifft, so müssen die Gewerkschaften unbedingt darauf bestehen, daß die gesetzlichen Berufsvertretungen hier nur Anordnungen treffen können, wenn keine tarifliche Regelung vorliegt.

Ueber die andere Hauptfrage, nämlich wie das Berufsausbildungsgesetz durchzuführen ist, wird in einem besonderen Artikel zu sprechen sein. Walter Rasche.

Gewiß ist es Moskau nicht gelungen, große Massen in den kommunistischen Gewerkschaften zu sammeln. Diese sind so schwach, daß sie noch nie gewagt haben, ihre Stärke in Zahlen zu veröffentlichen. Wenn der französische Gewerkschaftsbund auch weit davon entfernt ist, die Mitgliederzahlen vor der Spaltung aufzuweisen, wo er nahezu 2 Millionen Mitglieder hatte, so verfügt er heute doch wieder über eine Masse von rund 700 000 Mitgliedern, d. h. etwa doppelt so viel als 1914. Der Einfluß des französischen Gewerkschaftsbundes ist offenbar und bedeutend. Gerade seine Mäßigkeit trägt ihm die wütenden Angriffe der Reaktion ein.

Es war unheimlich, daß sowohl die Verbandstage wie auch der Gewerkschaftskongress sich mit den Einheitsfrontmandatären der Moskowiter zu beschäftigen hatten. Diese erhielten jedoch überall die verdiente Abfuhr. Zwischen den Kommunisten und den Reformisten besteht aber noch eine Gruppe der Syndikalisten, die sich zwar nicht unter das Joch von Moskau begeben wollen, aber auch die Schwärzung zur praktischen Reformarbeit nicht mitmachen wollen. Sie verlangen die Rückkehr zur sogenannten Chartre von Amiens, die auf dem Gewerkschaftskongress von 1906 beschlossen wurde und den revolutionären, politisch überparteilichen Charakter der Gewerkschaftsbewegung betont.

Wertwürdigerweise war es unser alter Genosse Bourderon, der als Vorsitzender der Opposition auftrat, während Souhaig erkrankte, daß er zwar nicht Mitglied der Sozialistischen Partei ist, aber ein Zusammengehen mit dieser in gemeinsamen Fragen für notwendig hielt. Der Gewerkschaftskongress stimmte mit erdrückender Mehrheit dieser Auffassung zu und lehnte gleichzeitig jedes Zusammengehen mit den Kommunisten ab.

Erfolg der Holzarbeiter in Budapest.

Budapest, 4. August. (M.T.B.) Die Lohnbewegung unter den Holzarbeitern hat ihren Abschluß gefunden. Zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist für die Dauer eines Jahres auf der Grundlage der achtstündigen Arbeitszeit und entsprechender Entlohnung der Ueberstunden ein Kollektivvertrag zustande gekommen, der vorläufig für das Gebiet von Budapest gültig ist.

Der Lohnkonflikt in der Eisenbranche dauert an. Es streiten etwa 8800 Arbeiter, das sind 17 Proz. der in der Budapester Eisen- und Maschinenindustrie beschäftigten Arbeiterschaft.

Eine andere Meldung gibt als Ursache der Streikbewegung die Teuerung und die Erhöhung der Wohnungsmieten an.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten L.-G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Wirtschaft

Die Bedeutung der kommenden Lohnstatistik.

Das Bedürfnis nach einer Statistik der tatsächlich verdienten Löhne, wenigstens für die wichtigsten deutschen Industriezweige, ist seit langem empfunden worden. Sind doch alle Versuche, ein zutreffendes Bild des Lohnstandes in Deutschland zu erlangen, immer wieder auf die Schwierigkeit gestoßen, daß die amtliche Statistik bisher nur Tariflöhne erfaßt. Es fehlen ausreichende Unterlagen darüber, inwieweit durch Akkordentlohnung, Leistungszulage, von der Lohnseite her, inwieweit durch Kurz- und Ueberarbeit von der Zeilseite her die tatsächliche Einkommenslage beeinflusst wird und von den tariflich angegebenen Ziffern abweicht. Im neuesten Reichsarbeitsblatt wird betont, daß gerade hier die neue Lohnstatistik einsetzen soll. Sie ist als eine laufende Statistik gedacht, und zwar so, daß die Erhebungen nicht in all den genannten Industrien gleichzeitig, sondern möglichst nacheinander, in Zwischenräumen von etwa ein bis zwei Monaten vorgenommen werden. Auf diese Weise wird sich ein regelmäßiger Turnus ergeben, innerhalb dessen jeder wichtige Industriezweig etwa jährlich einmal an die Reihe kommen soll.

Eine solche Methode des Nacheinander hat zwar den Nachteil, daß die Vergleichbarkeit der einzelnen Gruppen leiden kann, andererseits aber ermöglicht ein derartiges Vorgehen die schnelle Aufarbeitung der Erhebungsergebnisse, ohne daß für diesen Zweck ein besonderer Apparat neu aufgezogen werden müßte. Zunächst soll mit der Textilindustrie begonnen werden. Das Ergebnis einer oder mehrerer Wochen in einer Industrie wird zwar nur eine Art Momentaufnahme bedeuten, doch wird der Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftslage die augenblickliche Bedeutung verstärken.

Beziehungen zwischen Lohnhöhe und Wirtschaftlichkeit können aus den Ergebnissen erst dann abgeleitet werden, wenn die vom Statistischen Reichsamte neuerdings unternommenen Untersuchungen über die Haushaltsführung in den verschiedenen Ergebnissen vorliegen; diese werden 1928 voraussichtlich in größerem Maße als bisher entsprechend den internationalen Beschlüssen durchgeführt werden.

Neuer Zusammenschluß in der Brauwirtschaft. Entgegen dem bisherigen Dementi über eine bevorstehende Auflösung der Hartwig-Kantorowicz-Konzern, durch Schultheiß-Bahnhof-Konzern, hat dieser Konzern jetzt doch die Kantorowicz-Konzern geschluckt. Die Fusion ist, wie aus Verwaltungskreisen berichtet wird, durch Zusammenschluß der vom Schultheiß-Bahnhof-Konzern abhängigen C. A. F. Kahlbaum u. G. mit der Hartwig-Kantorowicz u. G. perfekt geworden. Die Verarmelung der beiden Unternehmungen soll zur Erzielung größerer Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und Betriebsführung erfolgen. Mit der Auflösung der seit 100 Jahren in der Markenbierindustrie führenden Kantorowicz u. G. hat der Schultheiß-Bahnhof-Konzern seinen schon erheblichen Einfluß im Spirit- und Biergeschäft ganz bedeutend erweitert. — Wie von der Verwaltung der Kantorowicz u. G. nach mitgeteilt wird, weist das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr bei wesentlich erhöhten Umsätzen sehr gute Ergebnisse auf.

Verantwortlich für Text: Richard Bernheim; Wirtschaft: A. Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Schöler; Revision: R. G. Müller; Politik und Sonstiges: Fritz Kahlbaum; Sonstiges: Ed. Glöckel; Druck: Friedrich-Wilhelm-Verlag, Berlin; Druck: Friedrich-Wilhelm-Verlag, Berlin; Druck: Friedrich-Wilhelm-Verlag, Berlin; Druck: Friedrich-Wilhelm-Verlag, Berlin.

Der Leutemangel.

Auf mecklenburgischen und sächsischen Gütern.

In der „Deutschen Tageszeitung“ Nr. 347 und in den „Dresdener Nachrichten“ Nr. 341 werden zwei außerordentlich typische Feststellungen getroffen:

1. Auf einigen mecklenburgischen Gütern haben sich ganz ungeheure Verhältnisse infolge des Mangels an Arbeitskräften bei den Erntearbeiten herausgestellt.

2. Im sächsischen Katastrophengebiet haben landwirtschaftliche Arbeiter in großen Mengen ihre Arbeitsstellen verlassen und sich von Bauunternehmern für die Wiederaufbauarbeiten engagieren lassen. Es werde gemeldet, daß auf den größeren Gütern jetzt schon die Hälfte der Landarbeiter ohne Einhaltung der Kündigungsfrist von der Arbeit weggelaufen ist.

Diese Behauptungen haben den Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeitersverbandes veranlaßt, den Ursachen nachzugehen. Diese Erscheinungen sind keineswegs überragend, sondern lediglich eine Auswirkung der außerordentlich mangelhaften Verhältnisse, unter denen die Landarbeiter zu leben haben.

So wird aus Sachsen berichtet: Der Pächter des Gutes P. bei Dresden zahlte beim Getreidemähen einen Preis, bei dem die Arbeiter auf einen Stundenlohn von etwa einer Mark kamen. Das kam dem Pächter zu Ohren, der sofort dem Pächter mitteilte, wenn er noch weiter solche „die Landwirtschaft schädigende Löhne“ zahle, der Landbund entsprechende Maßnahmen ergreifen müsse.

Angesichts dieser Äußerungen kann den amtlichen Stellen eine Stellungnahme zu den Berichten der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Dresdener Nachrichten“ nicht schwer fallen. Sie hätten nur nötig, zu erklären: „Bringt uns den klaren Beweis, daß den Landarbeitern eine ordentliche Behandlung, Bezahlung und Unterkunft gewährt wird, dann werden wir erweisen, wie weit sich für uns die Pflicht zum Eingreifen ergibt“.

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird gesagt, daß selbst der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Groth nach einer Inauguralrede von sechs Gütern in der Umgegend von Neubrandenburg die Hofflosigkeit des augenblicklichen Zustandes eingesehen und zusammen mit dem Dezernenten des Arbeitsamtes Blomar und dem Arbeitgebervertreter eine Eingabe unterschrieben habe, sofort eine Anzahl polnischer Schmittler freizumachen. Dazu teilt uns der Landtagsabgeordnete Groth folgendes mit: „Eine Eingabe auf Bewilligung von Ausländern ist von mir nicht unterschrieben worden. Vielmehr hat der Vorsitzende des Arbeitsamtes den Auftrag erhalten,

mit dem Landesarbeitsamt zu verhandeln und den Arbeitermangel auf den Gütern abzustellen.“

Unsere „Vaterländischen“ behandeln die deutschen Landarbeiter derart, daß sie bei ersterbest Gelegenheit den Fleischhauern ihrer Arbeitgeber den Rücken kehren. Dann haben diese Patrioten einen Scheinbeweis für die angebliche Notwendigkeit, billigere polnische Arbeitskräfte zu beschäftigen, die gegen die Willkür der Herren weniger geschützt sind als die deutschen Landarbeiter.

Leutenat und Landarbeiterlust bestehen nicht erst seit gestern. Die Zahlen des Preussischen Statistischen Landesamtes über die Binnenwanderung sprechen eine ernste Sprache: Alle Provinzen ohne Ausnahme haben einen Wanderungsverlust der ländlichen Bevölkerung zu verzeichnen. Ostpreußen 226 000, Niederdeutschland 149 000, Pommern 137 000, Sachsen 136 000, Hannover 107 000. Den Wanderer Gewinn haben die Großstädte zu verzeichnen, Groß-Berlin mit 648 000 nahezu die Hälfte des Wanderer gewinns, die Rheinprovinz 276 000, Westfalen 132 000.

Französische Gewerkschaftskongresse.

JS.-J. Paris, 4. August.

Dem Internationalen Gewerkschaftskongress gingen unmittelbar die Verbandstage vieler Gewerkschaften voraus, während andere Beirats tagungen der erweiterten Vorstände abhielten. Diesen Tagungen schloß sich der französische Gewerkschaftskongress an, und diesem wieder eine Vorstands konferenz, auf der der bisherige engere Vorstand mit Souhaig, Venoit, Papierre und Dupont einstimmig wiedergewählt wurde.

Die Verbandstage, fast noch mehr als der Gewerkschaftskongress, unterscheiden sich wesentlich von denen der Vorkriegszeit. Nicht allein, weil heute die Gewerkschaften Frankreichs sich ausschließlich den wirtschaftlichen Fragen widmen und einen wesentlichen Teil ihrer Beratungen sich um den Ausbau der Organisationen drehen. Vor dem Kriege wurden diese vernachlässigt, während man sich im übrigen mit problematischen Spekulationen über die Revolution die Zeit vertrieb. Darüber hinaus sprechen es die Gewerkschaftler Frankreichs offen aus, daß die Zeit müßiger Revolutionstheorien vorbei ist, und daß es jetzt gelte, Reformen durchzuführen.

Zu diesem offenen Bekenntnis gehört in Frankreich Mut. Denn hier ist es Moskau gelungen, nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation zu spalten. Der Effekt einer solchen Spaltung ist eine Schwächung der Stoßkraft der Arbeiterbewegung und eine Stärkung der verantwortungslosen Demagogie.

Bevor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 5
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster lichbeständige Tapeten
mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Darin wasserweisse Endrosetz 40°
Erparnis! — Der weisse Weg lohnt!

Norderney
in Sommer und Winter
das führende deutsche Nordseebad
Auskunft Badeverwaltung und Reisebüreaus

FASAN
EINHEITSPREISE
Marke Fasan . . Mk. 12.50
Marke Silberfasan Mk. 16.50
Marke Goldfasan Mk. 19.50
Fasan-Schuhe gelten unter Kennern als die preiswürdigsten Erzeugnisse der gesamten Schuhindustrie.
Verkaufsstellen:
Berlin O, Warschauer Str. 31, Ecke Revaler Straße
Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 20

Berliner Uik-Trio
Neukölln, Lahnstr. 74/75
Zu noch niedrigeren Preisen
bringen wir
Stores, Gardinen, Bettdecken
Künstler-Gardinen in besten Qualitäten für 3.90, 7.50, 9.90 M.
Halbstores in allen Webarten 1.75, 4.50, 5.50 M.
Gardinen-Reste Einzelstück e. Ganzstücke zum halben Preis.
— Einzelverkauf von 9-7 Uhr. —
Spezial-Gardinen-Workstätten
Neukölln, Bergstr. 67
2. Stock, am Ringbahnhof
Klein Laden!

Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf
Billig und gut Thaeerstr. 40 Billig und gut
geöffnet von 8-1 Uhr, Freitags und Sonnabends 9-7 Uhr
Schönhauser Allee 33 geöffnet von 8-1, 4-7 Uhr

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen Eigene Fabrikate in ganz neuen Ausführungen kaufen. Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112